



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Starke Justiz für Bayern – Schnellere Verfahren durch mehr Richterinnen und Richter und mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap 04 04 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) um 2.750,0 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden 20 Stellen der BesGr. R 1 für Richterinnen und Richter und 30 Stellen der BesGr. R 1 für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte neu ausgebracht. Der Stellenplan wird entsprechend ergänzt.

Begründung:

Die Arbeitsbelastung der ordentlichen Gerichte und der Staatsanwaltschaften hat sich in jüngster Zeit erheblich verschärft. Gründe sind zum einen die erhebliche Zunahme zivilrechtlicher Massenverfahren (Diesel-Klagen, Widerruf von Darlehensverträgen etc.). Zum anderen kommen Strafrechtsausweitungen u. a. im Bereich Cybercrime, Hate Speech, Wirtschaftskriminalität, und Kindesmissbrauch dazu. Diese aktuellen Überlastungen sind gravierend und werden länger anhalten, auch über das Jahr 2022 hinaus. Es braucht daher trotz der Stellenmehrungen in den letzten Jahren weiterhin eine Stärkung der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, um eine Überlastung der Justiz zu verhindern und deren Arbeitsfähigkeit zu stärken.

Nach aktuellen Personalbedarfsberechnungen gemäß PEBB\$Y(= Personalbedarfsberechnungssystem) betrug zum 4. Quartal 2020 die Belastung der Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten bayernweit im Durchschnitt bei 112 Prozent. Nach Angaben des Bayerischen Richtervereins fehlten Mitte des Jahres 2021 bayernweit gut 161 Richter und mehr als 189 Staatsanwälte. Der Haushaltsentwurf der Staatsregierung sieht derzeit vor, für das Jahr 2022 nur wenige neue Stellen im Eingangsamts für Richterinnen und Richter und bei den Staatsanwaltschaften zu schaffen. Die hier geforderten neuen Stellen sind eine sinnvolle Investition in die Rechtsstaatlichkeit Bayerns.